Einzelpreis 20 Pfg. · 3. Jahrgang · Sonnabend, den 31. Juli 1920 · Nummer 307 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516 4603, 4635, 4649, 4621.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Ausnahmegesetz gegen das Proletariat

Die Entwaffnungsaktion

Dem Reichstag ist gestern der Entwurf eines Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung zugegangen. Er steht heute als erster Punkt auf der Tagesordnung. Der Entwurf sieht die Einsetzung eines Reichskommissars vor, der die Entwaffnung zu leiten hat und vom Reichspräsidenten ernannt werden soll. Es ist vorgesehen, an einem bestimmten Zeitpunkt alle Militärwaffen, auch Munition, abzuliefern. Vorher hat eine befristete Anmeldung zu erfolgen. Wer die Anmeldung rechtzeitig besorgt und die Waffen abliefert, dem wird Straffreiheit wegen Zuwiderhandlung gegen frühere Vorschriften zugesichert. Auch die Kenntnis von Waffen- und Munitionslagern verpflichtet zur Anzeige. Dem Reichskommissar sind Befugnisse diktatorischer Art verliehen, die in den Paragraphen 7, 8 und 9 festgelegt sind. Es wird darüber berichtet:

Der Reichskommissar hat das Recht, Durchsuchungen und Beschlagnahmen außerhalb der durch die Strafprozeßordnung gezogenen Grenzen anzuordnen, das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis aufzuheben, sowie eine Kontrolle des Verkehrs der Eisenbahn, der Schiffahrt, der Post, der Kraftwagen und sonstigen Fuhrwerke sowie des Luftverkehrs anzuordnen. Er kann der Sicherheitspolizei Anweisungen erteilen und die Hilfe der Reichswehr in Anspruch nehmen. Sämtliche übrigen Behörden des Reichs, der Länder und der öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungskörper, haben innerhalb ihrer Zuständigkeit den Anordnungen des Reichskommissars unbedingt Folge zu leisten. Die Gerichte haben innerhalb ihrer Zuständigkeit dem Reichskommissar Rechtshilfe zu leisten.

Der Reichskommissar ist ferner befugt, besondere Organisationen zur Durchführung seiner Aufgaben zu schaffen, Bestimmungen über Quartierleistung und Naturalleistung für die Sicherheitspolizei und die anderen von ihm herangezogenen Organisationen zu erlassen, Belohnungen für Mitteilungen, welche der Erfassung von Militärwaffen förderlich sind, und Entschädigungen für die abgelieferten Waffen zu bewilligen, sowie die Abgabe eidesstattlicher Versicherungen über den Besitz oder Verbleib von Militärwaffen allgemein oder im Einzelfalle bei den von ihm zu bezeichnenden Behörden zu verlangen.

Paragraph 10 enthält die Strafbestimmungen: Gefängnis nicht unter drei Monaten, Geldstrafe bis zu 300 000 Mark, in schweren Fällen Zuchthaus bis zu fünf und zehn Jahren. Insbesondere wird die Aufforderung zum Ungehorsam gegen das Entwaffnungsgesetz oder die Anordnungen des Reichskommissars mit Strafe bedroht.

Zur Ausführung des Gesetzes wird dem Reichskommissar zunächst ein Kredit von 300 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Wir geben uns keinen Augenblick darüber dem Zweifel hin, daß das Gesetz in erster Linie gegen das Proletariat angewendet werden wird. Die Regierung hat die Bewaffnung der Reaktion seit Januar 1919 systematisch betrieben. Sie hat die Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligen bis an die Zähne bewaffnet und hat ihnen die Waffen auch gelassen, als die formale Auflösung der Wehren, um der Forderung der Entente gerecht zu werden, dem Schein nach erfolgte. Die Regierung billigt es ganz offen, daß die Wehren sich jetzt unter den Decknamen eines „Selbstschutzes" oder eines harmlos erscheinenden „Sportklubs" umorganisieren. Die Regierung hat bisher nichts unternommen, um die ins große gehende Bewaffnung der Agrarier zu durchkreuzen. Mit Wissen des Reichswehrministeriums und der untergeordneten Stellen werden noch heute Geschütze, Minenwerfer, Maschinengewehre, Flugzeuge und Handfeuerwaffen auf das Land verschoben und dort in sichere Verstecke gebracht. Das alles findet, wie gesagt, die Billigung der amtlichen Stellen. Und daher wird auch das, was die Regierung heute gutheißt, morgen nicht von ihr verdammt werden. Sie wird die Gegenrevolution nicht zu entwaffnen streben. Aber sie wird ihre Häscher auf das Proletariat hetzen und die Folge wird sein: Der Arbeiter, bei dem ein verrostetes Gewehr gefunden wird, wandert ins Zuchthaus, wie es bereits schon geschehen ist. Der Junker aber, dessen Klitsche mit Geschützen bestückt ist, bleibt straffrei, er kann ungehindert seine Rüstungen fortsetzen, wie er ja auch bisher darin noch nicht gestört wurde.

Geradezu unerhört ist aber der Bruch des Postgeheimnisses und die Verhängung der Brief- und Telephonzensur, die der Gesetzentwurf ankündigt. Auch diese Maßnahme wird sich nur gegen die Arbeiterparteien richten, schon ganz einfach deshalb, weil die mit der Entwaffnungsaktion beauftragten Personen dem Offiziersstand entnommen werden, also jenem Kreis von Leuten, die die Bewaffnung der Reaktion entweder selbst betrieben oder mit zugedrückten Augen gebilligt haben. Das Entwaffnungsgesetz wird in seiner Tendenz antirevolutionär wirken. Auf Umwegen aber doch mit offenem Ziel soll erreicht werden, was bisher mit Hilfe des Belagerungszustandes nicht durchführbar war: Die Schwächung und Lahmlegung der sozialistischen Bewegung.

Wir haben gegen die Entwaffnung prinzipiell nichts einzuwenden. Aber sie muß dort beginnen, wo die Waffen wirklich lagern: bei der Reaktion. Die Absicht des Gesetzes aber geht dahin, diese zu schonen, dafür aber die Arbeiterschaft mit aller Schärfe zu treffen. In der heutigen Reichstagssitzung wird von unserer Fraktion Genosse Ernst zu der Vorlage sprechen. Die Regierung hat es auf eine Ueberrumpelung abgesehen. Erst in den späten Abendstunden des gestrigen Tages bekamen die Abgeordneten die Vorlage zugestellt. Heute soll sie im Eilzugstempo durchgepeitscht werden. So will es die Reaktion. Unsere Abgeordneten werden alles tun, diesen Streich zu verhindern.

Die Beratungen im Reichstag

Die heutige Sitzung des Reichstages beginnt mit der Beratung des Entwaffnungsgesetzes. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat vorgeschlagen, den Gesetzentwurf einer Kommission zu überweisen, sie bestand aber trotz der Wichtigkeit der Vorlage wegen auf eine Aussprache bei der ersten Lesung. Infolgedessen ergriff zunächst der Reichsminister des Innern Koch das Wort. Er erklärte, die Entwaffnung solle nicht gegen, sondern mit dem Volke vorgenommen werden. Es bestehe ein unendliches Mißtrauen zwischen beiden Flügeln des Volkes. Es komme alles darauf an, bei Durchführung des Gesetzes das Mißtrauen gegen die mangelnde Objektivität zu beseitigen. Drei Aktionen seien vorgesehen: Erstens, die Aufforderung zur Waffenablieferung mit weitgehender Amnestie, zweitens Strafen, drittens aber auch bei Nichtablieferung ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Verweigerer. Der Entwaffnungskommissar sei mit weitgehenden Vollmachten, auch den Ländern gegenüber, ausgestattet, es sei eine Persönlichkeit in Aussicht genommen, die dem Parteileben fernstehe und unparteiisch vorgehen werde. Bei den Ausführungen des Ministers lassen die Unabhängigen durch lebhafte Zwischenrufe und Hinweise auf sein bisheriges Verhalten deutlich erkennen, daß sie gegen seine gleißnerischen Worte größtes Mißtrauen hegen.

Dieses Mißtrauen kommt auch zum Ausdruck in der Rede des rechtssozialistischen Polizeipräsidenten Lübbring aus Königsberg. Er fordert Sicherungen, daß das Entwaffnungsgesetz nicht einseitig eine Entwaffnung der Arbeiter bringe und ein Ausnahmegesetz gegen den verfassungstreuen Teil der Bevölkerung werde. Nur die Reichswehr und die Sicherheitswehr dürften nach Durchführung des Gesetzes Waffen behalten. Neben der Entwaffnung der Einwohnerwehren, der Zeitfreiwilligen und der anderen Organisationen müßten auch den neugegründeten Selbstschutzverbänden die Waffen entzogen werden. Gegen diese Selbstschutzverbände sei das allergrößte Mißtrauen angebracht.

Nach Lübbring erhält der Genosse Ernst (Hagen) das Wort. Er wendet sich mit aller Schärfe gegen den Minister Koch. Im Ruhrgebiet haben die Arbeiter ursprünglich keine Waffen gehabt und besitzen auch jetzt keine Waffe mehr. Alle gegenteiligen Meldungen sind Produkte von Spitzelorganisationen, wie der „Deutschen Wirtschaftshilfe", bei deren Erwähnung durch einen Zwischenruf der Reichsminister Koch bereits mit einer Verlegenheitsphrase hinweggegangen war. Diese Lügenmeldungen der Spitzelorganisationen entsprechen nur der Taktik des Verbrechers, der hinter dem ehrlichen Manne mit dem Rufe herläuft: Haltet den Dieb! Sodann wendet sich Ernst zur Besprechung des Gesetzes.

Die Rote Armee an der Narewlinie

TU. Warschau, 31. Juli.

Polnischer Heeresbericht vom 30. Juli: „Die bolschewistische Kavallerie bewegt sich in westlicher Richtung und hat Osowiec passiert. Die Vorhuten wurden von unseren Truppen aus Lomza zurückgeschlagen. Die 4. bolschewistische Armee liegt an der Narewlinie. Feindliche Angriffe gegen Wisna, an der Eisenbahnlinie Bialostok—Brest-Litowsk, wurden abgeschlagen. Südlich Bielsk spielen sich Kämpfe ab. Unsere Abteilungen gingen hier zum Gegenangriff über. Unsere Polesien-Abteilungen haben bei Brest Stellungen eingenommen (?). Nachdem sie 4 bolschewistische Regimenter zersprengt haben, fühlt man an dieser Stelle der Front keinen feindlichen Druck mehr. Am Stochod und Styr örtliche Kämpfe. Die Aktion Brody-Radziwilow ist noch nicht abgeschlossen. Unsere Gegenangriffe dauern an. Am Sereth wurde der Versuch des Feindes, den Uebergang zu erzwingen, vereitelt."

Die englische Antwort nach Moskau

London, 30. Juli.

Reuter erfährt: Die englische Antwort auf die Sowjetnote, betr. Polen und die Londoner Konferenz, wurde in der vergangenen Nacht nach Moskau telegraphiert.

Paris, 31. Juli.

Der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien" erklärt, daß auf die beiden Telegramme vom 26. und 28. Juli an Tschitscherin noch keine Antwort aus Moskau eingegangen sei, andererseits werde gemeldet, daß gestern abend 6 Uhr in Baranawitschi die polnischen und die russischen Bevollmächtigten zur ersten Zusammenkunft eingetroffen seien. Dem gleichen Korrespondenten zufolge wird Krassin Göteborg heute abend verlassen und am Montag in London eintreffen.

Die Teschener Frage

Aus Prag wird uns geschrieben:

Ehrlichkeit ist noch nie die starke Seite der Diplomatie gewesen und so braucht einen der Kuhhandel mit Teschen, der ja nur ein kleiner Ausschnitt aus dem großen Geschäft der Ententeherren ist, nicht zu überraschen. Allein als Beitrag zur Charakteristik der Krämerkünste jener, die nach außen so gut mit dem Schwerte den starken Mann zu mimen verstehen, ist gerade das Teschener Geschäft sehr lehrreich.

Seit 18 Monaten dauert der Kampf um das Kohlen- und Industriegebiet Teschens. Um es sich weder mit der Tschechoslowakei, die ja zur Zeit des Abschlusses des Friedensvertrages von St. Germain noch in der Huld der Entente stand, noch mit Polen, dessen künftige Dienste man ahnte, zu verderben, mochten die vom Obersten Rat nicht auf eigenes Risiko das schwierige Problem lösen. Also wurde eine Volksabstimmung angeordnet, die unter neutraler Leitung einer Ententekommission vor sich gehen sollte. Die ganze Zeit, seit der am Plebiszit gearbeitet wird, ist eine ununterbrochene Kette des Leidens für die Bevölkerung. Die polnische Regierung hat die schlimmsten Subjekte gedungen und sie auf die unschuldige Bevölkerung losgelassen, um sie durch Terror einzuschüchtern und zur Stimmabgabe für Polen zu zwingen. Man hat selbstverständlich mit diesem Vorgehen, dann aber durch die vollständige Zerrüttung der polnischen Volkswirtschaft und durch die dadurch erzielte grauenhafte Devalvierung des polnischen Kurses gerade das Gegenteil dessen erreicht, was man beabsichtigte. Es zeigte sich immer mehr, daß die Stimmung der Bevölkerung, selbst der polnischen, zugunsten der Tschechoslowakei neigte. Und so verlegte sich die polnische Verwaltung auf die planmäßige Sabotage des Plebiszits. Es wurden keine Listen der Abstimmungsberechtigten erstellt, um so überhaupt jede reale Grundlage für die Abstimmung zu nehmen, daneben wütete unter offizieller Patronanz der Ententemission der flüchterlichste Terror, dem Hunderte von Arbeitern zum Opfer fielen. Und die Entente verstand die Schmerzen des Schützlings: statt des Plebiszits sollte eine Arbitrage, eine Entscheidung durch einen unparteiischen Schiedsrichter die Frage lösen. Doch es fand sich kein Mann, der genügend Autorität besessen hätte, um von beiden Parteien als Richter anerkannt zu werden. Die Verhältnisse im Teschener Gebiet sind nämlich außerordentlich verwickelte. Man kann ein Land nach irgendwelchen geographischen Grundsätzen auf dem Kompromißweg trennen und man könnte diesen Vorgang gewiß auch auf Teschen anwenden. Allein neben dem Teschen überlag gibt es noch ein Teschen unterlag, gibt es eine Unmenge von Kohlenbergwerken, um die ja eigentlich der Streit tobt und ihre Stollen haben sich im alten Oesterreich herzlich wenig um die künftigen Grenzprobleme gekümmert. Außerdem gehen die Seilbahnen der Gruben, mittelst deren die Kohle an Tag gefördert wird, alle in einen Knoten bei Karwina zusammen, so daß der Besitzer des Knotens effektiv die ganze Kohlenförderung des Gebietes in seinen Händen hat. Teschen ist eben in seiner ganzen Struktur ein unteilbares Industriegebiet, das mit seinen reichen Kohlengruben und den daran angrenzenden riesigen Eisenwerken unbedingt beisammen bleiben muß.

Der Schwere des Problems entsprechend, wagte sich niemand an seine Lösung. Nun hat man endlich den „Rank" gefunden: die Botschafterkonferenz soll den Entscheid treffen und beide Anwärter, sowohl Polen als auch die Tschechoslowakei, haben loyale Einhaltung des Entscheides versprochen. Wie nun die Botschafterkonferenz entscheidet, ist ja vorläufig unbekannt, auf alle Fälle aber kennzeichnet sich die Annahme des Vorschlages durch den tschechischen Außenminister als ein Sieg der Polen, da es der Oberste Rat kaum wagen wird, eine eindeutige Lösung zu finden, die den Keim für kommende Streitigkeiten ausschaltet.

Es ist ganz erbaulich, die eigentlichen Grundursachen der nunmehr so offenkundigen Polenfreundschaft der Entente gerade in der Teschener Frage zu verfolgen. Handelt es sich doch im Grunde um nichts anderes als um einen Versuch der Engländer, ihre Positionen im Osten, vorab in Persien zu stärken! Es dürfte vielleicht noch bekannt sein, wie im Sommer des vergangenen Jahres die Engländer in aller Stille einen Vertrag mit dem Schah von Persien schlossen, in welchem die ganze Selbständigkeit Persiens zugunsten Großbritanniens völlig aufgehoben wurde. Man begreift den Weltschmerz des britischen Imperiums, als ihm auf einmal Sowjetrußland einen Strich durch die Rechnung machte und sich in den für England außerordentlich wichtigen Gebieten einen immer größeren Einfluß sicherte. Da es sich außerdem nicht nur um Persien allein, sondern um die politischen Nachwirkungen auf Indien handelte, begreift man das Drängen Großbritanniens nach einem Friedensschluß mit Sowjetrußland, um den unbequemen Gegner zur Ruhe zu veranlassen.

Die wahnsinnige Offensive der Polen gegen die Sowjetmacht schien eine außerordentlich günstige Gelegenheit zu bieten. Gelang sie, so war es ja gut, gelang sie nicht, so schaffte sie einen Vorwand zu definitiven Friedensverhandlungen. Es kam, was kommen mußte: die Großmannssucht der polnischen Junker reichte noch lange nicht aus, um die rote Armee zu schlagen. Da tritt England in der Rolle des sorglosen Beschützers auf und fordert von Rußland einen Waffenstillstand, gleichzeitig die Räumung eines bisher den Polen gehörenden Gebietes, nämlich Ostgaliziens, befehlend. Durch dessen Einverleibung in die ukrainische Räterepublik soll indirekt Rußland geschmeichelt und dabei seine Aufmerksamkeit vom fernen Osten abgelenkt werden.

Um aber Polen die sonderbare „Hilfe" etwas verdaulicher zu machen, wird es mit Aussichten auf eine günstige Lösung der Teschener Frage hintangehalten und beruhigt. Das war ja

immer die Hauptkunst der Londoner Politiker: aus allem und jedem ein Geschäft zu machen, die Weltpolitik nach ehrsamen kaufmännischen Regeln zu leiten. Allein die Zeiten, da die kapitalistischen Staatenlenker allein nach ihrem Gutdünken über das Schicksal der Welt entschieden, sind vorüber. Heute muß sich England von Sowjetrußland sagen lassen, daß es eine Vermittlung ablehnt, bisher schon mit drei Randstaaten Frieden geschlossen habe und Polen bessere Grenzregulierungen gewähre als sie der englische Vermittlungsvorschlag vorsehe.

Ob Lloyd George diese Politik seitens eines Siegerstaates versteht, wissen wir nicht. Umso besser wird sie das internationale Proletariat verstehen, das immer mehr in dem neuen Geist, der aus dem Osten weht, seine kommende Befreiung ahnt. Und so mag auch das tschechische Proletariat sich trösten, wenn ein Teil seiner Brüder im Teschener Plebiszitgebiet der imperialistischen Kuhhandelspolitik der Ententemächte geopfert wird; es ist nur ein Zwischenspiel, das da auf der Weltbühne abrollt und nicht mehr fern ist der Tag, da die Götterdämmerung anbricht für jene, die sich noch heute als die Herren der Welt wähnen!

Verlängerung der Kohlensteuer

Die drückende Belastung, unter der das Wirtschaftsleben infolge der ständigen Steigerung der Kohlenpreise außerordentlich leidet, wird durch die Verlängerung der Kohlensteuer auf dreiviertel Jahre, die der Reichstag gestern im Wiederspruch zu den beiden sozialdemokratischen Fraktionen beschlossen hat, festgelegt. Die bürgerliche Mehrheit hielt mit zäher Energie an dieser indirekten Steuer fest: Sie enthielt sich im Plenum jeder Stellungnahme zu der Vorlage, weil jedes Wort, das sie hätte aussprechen können, eine innere Unwahrhaftigkeit dargestellt hätte.

Während die Bürgerlichen alle zusammen in der Oeffentlichkeit dauernd über die Belastung, der das Wirtschaftsleben ausgesetzt ist, jammern und Preisabbau fordern und ein großer Teil von ihnen vorgibt, gerade für den Schutz der kleinen Unternehmungen einzutreten, die durch diese Kohlensteuer besonders stark belastet werden, haben sie durch ihre Abstimmung bewiesen, daß das alles nur Vortäuschungen sind, um zu vermeiden, daß sie die ungeheuere und täglich gewaltig ansteigende Finanzlast des Reiches ausschließlich auf die Schultern der breiten Massen der Bevölkerung abgewälzt sehen wollen.

Neben den großen schweren Schädigungen, die das Wirtschaftsleben jeder Entwicklung und Hebung der Produktion entgegenstellt, ist es vor allen Dingen die Tatsache, daß diese Steuer neben der Untersteuer die unsozialste ist, die auch die Verlängerung auf wenige Monate unerträglich macht. Aber das wollen ja gerade die Bürgerlichen. Die Besitzsteuern gehen in ganz untergeordnetem Maße ein. Selbst der Finanzminister Wirth erklärte im Ausschuß bei der Beratung der Kohlensteuer, daß er in diesem Jahre auf ganz geringe Eingänge aus den Besitzsteuern rechne. Das Defizit des Reichsäckels werde deshalb gewaltig groß sein. Um das zu decken, müsse er unbedingt die Kohlensteuer haben.

Die Besitzsteuern stehen also, wie wir immer gesagt haben, auf dem Papier, während die indirekten Steuern, also diejenigen Steuern, die die Massen belasten, wie die Reichseinkommensteuer, eingehen und sie allein die Grundlage für die Staatsfinanzen im ganzen laufenden Haushaltsjahr darstellen.

Um an diesem Zustand festzuhalten, lehnten die bürgerlichen Parteien, trotzdem sie sachlich alle Gründe anerkennen mußten, wie sie der Antrag der Unabhängigen und ein in der Sache gleichartiger der Rechtssozialisten forderte, die Begrenzung der Kohlensteuer auf den gegenwärtigen Kohlenpreis ab. Wenn diese Abstimmung irgendeinen Sinn haben soll in einem Augenblick, in dem durch den Einspruch der Regierung die Kohlenpreiserhöhung vermieden wird, so nur den, daß die bürgerlichen Parteien trotzdem auf neue Preiserhöhung für Kohlen rechnen und so nicht die Möglichkeit entgehen lassen wollen, auch für diesen neuen Preis die Kohlensteuer zu erheben, damit anstatt des ungeheuren Betrages von 4½ Milliarden Mark noch 2 oder 3 Milliarden Mark mehr als ihr Ergebnis zu verzeichnen sind. Es ist bei dieser Sachlage selbstverständlich, daß auch der unabhängige Antrag, der die Kohlensteuer in der im Jahre 1917 zuerst beschlossenen Höhe zu belassen forderte, keine Zustimmung fand, nicht einmal die der Rechtssozialisten.

Daß auch gestern genau wie vor einigen Tagen eine Entschließung, die jetzt die Rechtssozialisten eingebracht hatten, die Regierung zu ersuchen, dem Reichstage innerhalb drei Monaten Vorschläge über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues und des Kohlenhandels zu unterbreiten, nur die Zustimmung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen fand, verdient hervorgehoben zu werden. Bei dieser Tatsache will es natürlich nur wenig bedeuten, daß die Entschließung angenommen wurde, die die Regierung auffordert, mit größter Beschleunigung Gutachten der Sozialisierungskommission, des Reichskohlenrats und des Reichswirtschaftsrats über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues herbeizuführen und nach Eingehen dieser Gutachten dem Reichstag eine Vorlage über die Neuregelung der Kohlenwirtschaft zu unterbreiten.

Die Neuregelung der Kohlenwirtschaft im Sinne des Bürgertums ist die Erhaltung der kapitalistischen Ausbeutung. Die bürgerlichen Parteien sind sich also immer noch nicht darüber im klaren, daß es der unerschütterliche Wille der Bergarbeiterschaft ist, die Förderung der Kohlen nicht eher zu steigern, als bis sie sichere Gewähr dafür haben, daß die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung im Bergbau vor sich geht.

Neue Steuerdrückebergerei

Mit aller Entschiedenheit suchen sich die Besitzenden vor dem Steuerzahlen zu drücken. Die Besitzsteuern, die im vergangenen Jahre beschlossen sind, stehen auf dem Papier. Aber auch die Einkommensteuer soll nach den Wünschen gewisser kapitalistischer Kreise für die Besitzenden möglichst unschädlich gemacht werden. Im Reichstag haben einige demokratische Abgeordnete eine Anfrage an die Regierung gestellt, die betont, daß die Bestimmung des Einkommensteuergesetzes, wonach das Jahreseinkommen d. J. 1920 doppelt als Grundlage der Besteuerung dienen soll, wachsende Beunruhigung hervorgerufen hat. Die Tatsache an sich ist richtig. Sie ist auch eine Gefahr für die Festbesoldeten, die ja gerade beim Reichseinkommensteuergesetz durch den Abzug bis auf den letzten Pfennig ihres Einkommens zur Steuerzahlung herangezogen werden.

Für die Nichtfestbesoldeten läßt das Einkommensteuergesetz viele Möglichkeiten zur Steuerdrückebergerei offen. Eine Möglichkeit, die die Besitzenden sicherlich in großem Umfange benutzen werden. Die Anfrage der Demokraten will diesem Bestreben Vorschub leisten und ihm das Mäntelchen der Legalität umhängen. So regt die Anfrage an, die Veranlagung nicht nach dem Ergebnis nur des Vorjahres, sondern nach einem dreijährigen Durchschnitt erfolgen zu lassen. Da das nur für die Nichtfestbesoldeten in Betracht kommen würde, wäre damit eine wesentliche Milderung des Einkommensteuergesetzes für diejenigen geschaffen, die ohnedies von ihm mit Samtpfötchen angefaßt worden sind.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten werden deshalb mit großer Aufmerksamkeit auf die Antwort des Finanzministeriums auf diese Anfrage schauen müssen. Auch nur der Versuch, den Wünschen der Kapitalisten zu entsprechen, müßte ihren entschlossenen Widerstand hervorrufen.

Unruhen in Zittau

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit".)

Zittau, 30. Juli.

Heute nachmittag fand in Zittau in Sachsen eine Kundgebung der Arbeiterschaft statt, die ihre Solidarität gegenüber Sowjetrußland aussprach und die Arbeiterschaft aufforderte, den Transport von Waffen und Munition zur Kriegsführung gegen Rußland mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern. Im Anschluß an diese Veranstaltung wurde Bericht erstattet über eine in der vorigen Woche in die Wege geleitete Aktion zur Herabsetzung der Lebensmittelpreise. Nach der Berichterstattung teilte einer aus der Mitte der Versammlung mit, der Lebensmittelhändler Schiwny habe auf Vorhaltung wegen der teuren Wurstpreise gesagt, wenn die Arbeiter sie nicht bezahlen könnten, dann sollten sie Sägespäne fressen. Darüber wurde die Menge ungeheuer erregt; einige Tausende zogen vor das Geschäft des Genannten, dieser wurde auf die Straße geholt und durchgeprügelt. Sodann wurde ein großer Teil der im Laden vorhandenen Lebensmittel unter Kontrolle einiger Leute aus der Menge zu herabgesetzten Preisen verkauft. Bald darauf rückte die Polizei heran, sie wurde aber schnell von der Menge zurückgedrängt. Eine halbe Stunde später zog die Sicherheitswehr mit Maschinengewehren und Handwaffen an, ging aber auf eindringliche Auseinandersetzung einiger unserer Parteigenossen in die Kaserne zurück. Nach und nach kam die Menge den fortgesetzten Aufforderungen unserer Genossen, sich nach Hause zu begeben, nach, nur etliche Neugierige standen noch in Gruppen in lebhafter Diskussion beisammen. Es schien, als ob nunmehr alles vorüber sei. Da rückte gegen 9¼ Uhr die Sicherheitswehr nochmals an und gab Feuer. Ob Leute verletzt wurden, ließ sich bei Abgang dieser Nachricht noch nicht feststellen, doch wird auf das Bestimmteste behauptet, ein Mann sei schwer verletzt. Die Zugangsstraßen zu dem Geschäft sind durch Sicherheitswehr scharf abgesperrt.

Rückgang der Rohölproduktion in Rumänien. Die rumänische Regierung hat angeordnet, daß Petroleum von jetzt ab nur noch an Lebensmittelbetriebe, Elektrizitäts- und Wasserwerke geliefert werde. Andere Betriebe bekommen bis auf weiteres infolge der geringen Rohölproduktion kein Petroleum mehr zugewiesen.

Der polnische Frontbericht

Ostpreußen nicht gefährdet

Nach dem neuesten polnischen Heeresbericht, der reichlich unklar gehalten ist, haben die Sowjettruppen weitere nennenswerte Erfolge erzielt. Sie sind über Olowiec hinaus auf Lomza vorgestoßen, die Vorhuten haben bereits die Stadt berührt, sollen aber von den Polen wieder verjagt worden sein. Der polnische Heeresbericht meldet des weiteren Umgruppierungen, er spricht von neu bezogenen Stellungen, ohne die Orte näher zu benennen. Das läßt auf eine ziemlich starke Verworrenheit an der Front schließen, denn Umgruppierungen und die Einnahme von neuen Stellungen sind immer die Folge von schweren Niederlagen. Wichtig ist das Eingeständnis, daß die Rote Armee vor der Narewlinie steht. Da diese nicht frontal angegriffen, sondern in dem Raume zwischen der ostpreußischen Grenze und dem Festungsgürtel im Rücken gefaßt wird, ist mit ihrem baldigen Fall zu rechnen, wenn nicht die Waffenstillstandsbedingungen, über die seit gestern abend verhandelt wird, von den Polen angenommen werden.

Durch den schnellen Vorstoß über Olowiec hinaus auf Grajewo (bei Lyk) und Kolno (bei Johannisburg) haben die Russen die sich noch in dem Raume vor Augustowo und Suwalki befindlichen polnischen Truppen abgeschnitten. 2000 Polen sind bei Prosken über die ostpreußische Grenze getreten, sie werden dort entwaffnet. Die Russen haben bisher überall die ostpreußische Grenze respektiert. Ihre Vorhuten streifen längs der Grenze in südlicher Richtung. Jede andere Aktion wäre für die russische Armee ohne militärischen Wert, ganz abgesehen davon, daß die Sowjetregierung nicht daran denkt, die deutsche Neutralität zu verletzen. Vor Sensationsnachrichten sei deshalb ausdrücklich gewarnt. Ostpreußen ist in keiner Weise gefährdet.

Das Boulogner Abkommen

HA. Paris, 31. Juli.

Der „Eclair" veröffentlicht den Wortlaut des Abkommens von Boulogne. In Artikel 1 vereinbaren die beiden Regierungen, die Kommission für Wiedergutmachung einzuladen, die Ausführung der Spaaer Abkommen bezüglich der Kohlenlieferungen und der Vorschüsse zu regeln. In Artikel 2 wird gesagt, daß die Kommission für Wiedergutmachung von den Regierungen beauftragt wird, diese Vorschüsse zu geben und alle Kreditabkommen, die mit der Kohlenlieferung verknüpft sind, zu regeln. Die Kommission stellt den Betrag der Vorschüsse fest. Artikel 3 sagt, daß Deutschland am 1. September 1920 der Kommission für Wiedergutmachung deutsche Schatzanweisungen im Betrage von 60 Millionen Goldmark, die am 1. Mai 1921 rückzahlbar sind und mit 6 Prozent verzinst werden, überweisen muß. Artikel 4 regelt den Verkauf dieser Schatzanweisungen. Es wird festgestellt, daß die Kommission für Wiedergutmachung einen Auftrag der betreffenden Regierungen erhalten hat, sich auf Basis dieser Schatzanweisungen die Gelder zu beschaffen durch Verkauf der deutschen Schatzanweisungen mit oder ohne Indossierung der betr. Regierungen. Artikel 5 behandelt die Wirkung der Steinkohlenlieferungen, die Schaffung der Vorschüsse und die Anwendung deutscher Schatzscheine. Die Kommission für Wiedergutmachung kann vorläufig einen Betrag der monatlichen Vorschüsse an Deutschland auf Grundlage von 40 Goldmark pro Tonne feststellen, und zwar auf das Quantum Steinkohlen, das Deutschland im Uebergangsmonat geliefert hat.

Die Kohlenvorlage in der französischen Kammer

TU. Basel, 31. Juli.

In der gestrigen Verhandlung der Pariser Kammer über die Kohlenvorschüsse an Deutschland bat der Berichterstatter der Finanzkommission Bokanowski die Vorlage zurückzuweisen. Nach mehreren anderen Rednern erhielt Millerand das Wort. Er befürwortete in längerer Rede die Annahme der Vorlage und schloß: Wenn Sie die Vorlage zurückweisen, übernehmen Sie nicht nur die Verantwortung für eine Kohlenkrise in Frankreich, Belgien und Italien, sondern eine höhere Verantwortung wie je zuvor. Die Rede Millerands wurde mit stürmischem Beifall auf sämtlichen Bänken, ausgenommen die der äußersten Linken, aufgenommen. Die Vorlage wurde darauf angenommen.

Die Anrechnung des Steuerabzugs. Auf wiederholte Anfragen bezüglich der Auslegung des Artikels 2, des Gesetzes vom 21. Juli über die ergänzende Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn wird von amtlicher Stelle folgendes mitgeteilt: Die bis zum 1. August gemachten Abzüge können auf die nach dem neuen Gesetz einzubehaltenden Beträge nur dann und nur insoweit angerechnet werden, als sie höher waren als die Summe, die sich nach dem neuen Tarif ergeben würde.

Der englische Anteil an den Kohlenvorschüssen. Ein heute herausgekommener Voranschlag sieht für den englischen Anteil an den Vorschüssen für die deutschen Kohlenlieferungen innerhalb eines Jahres, endigend März 1921, die Summe von 5 Millionen Pfund vor.

Die Aufgaben der sozialistischen Kultur

Von A. Lunatscharski.

Die Fragen der proletarischen und der sozialistischen Kultur wurden wiederholt hin und her besprochen, wobei des öfteren verschiedenartige Begriffe verwechselt wurden. Es fanden sich sogar geistreiche Köpfe, die behaupteten: die sozialistische Kultur stehe eigentlich in keinem Zusammenhang mit der proletarischen Kultur.

Jeder Gedanke an eine, wenn auch teilweise Verwirklichung der sozialistischen Kultur innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft sei ein gemeiner Opportunismus, ein Bernsteinismus auf kulturellem Gebiete.

Der Beginn der Verwirklichung der sozialistischen Kultur könne nur einsetzen gleichzeitig mit der gänzlichen Umstellung der Wirtschaft auf eine sozialistische Basis. Dann nähme sie aber keinen proletarischen Charakter an, denn der Sozialismus bedeutet doch die Vernichtung der Klassen, also auch des Proletariats; die sozialistische Kultur könne nur eine allgemein menschliche sein. Hinter einer solchen Fragestellung steckt mehr eine Sucht nach Geistreicheleien als der aufrichtige Wunsch, in das wichtige Problem einzudringen.

Das Proletariat ist der Träger des Sozialismus. Es kann ihn nur allmählich verwirklichen, denn der Sozialismus kann nicht mit einem Male ins Leben gerufen werden. Die sozialistische Revolution kann sogar in einem Tag geschehen, jedoch ist die Umgestaltung der kapitalistischen Ordnung, die für den Sozialismus reif geworden ist, in die neue Gesellschaftsordnung, die uns vorschwebt, eine langwierige Sache, und es ist ein großer Unsinn, zu denken, daß das sozialistische Schaffen des Proletariats erst nach seinem endgültigen Siege über den Kapitalismus beginnt. Auch nach dem Siege wird es nicht ein Demiurg sein, der eine neue Welt erschafft, auch nach dem Siege wird es, wie wir es an uns selbst jetzt erleben, einen angestrengten und hartnäckigen Kampf führen müssen. Nach dem Siege behält es die Waffe der Staatsgewalt in seiner Hand; aber noch lange wird ein objektiver Beobachter nicht sagen können, ob das Proletariat der stärkere Gegner ist, und ob es ihm gelingen wird, seinen Sieg zu befestigen.

Natürlich wird die sozialistische Kultur nur auf eine bestimmte Art und in kleinem Maßstabe geschaffen, solange das Proletariat die unterdrückte, sich empörende Klasse ist; auf eine ganz andere Art und in viel breiterem Maßstabe, sobald es die Diktatur über die teilweise schwankende, teilweise gänzlich konterrevolutionäre, nur auf die Vergangenheit zurückblickende Gesellschaft ausübt; auf eine dritte, lichtvolle Weise und in einem ungeheuren Maßstabe, nachdem es den Staat als eine abgestorbene Antiquität in ein archäologisches Museum stoßen und seine Existenz als Proletariat aufgeben kann, wenn es die ganze Menschheit in eine Arbeitsgemeinschaft umgestaltet hat.

Als Rußland noch unter dem Szepter der Zaren stöhnte, habe ich diese Wahrheiten festgestellt und stritt mit Herrn Potressow über die proletarische Kultur. Er bemühte sich zu beweisen, daß das Proletariat unfähig sei, in der Periode des politischen Kampfes seine Kultur zu schaffen, daß die Kultur für das Proletariat nur den Zugang zu den wissenschaftlichen Problemen bedeute, während ein proletarisch künstlerisches Schaffen, die Ausarbeitung einer proletarischen Ethik, nur ein Luxus für die Arbeiterklasse sei. Diese letzteren Waffen brauche das Proletariat nicht, sie seien auch unerreichbar für diese Klasse. Zwar hat die Bourgeoisie schon in der Vorbereitungsperiode ihrer Revolution eine solche Kultur zu schaffen vermocht; sie war aber niemals in dem Grade entrechtet wie die Arbeiterklasse. Ich wies darauf hin, daß die Waffe der proletarischen Kultur, daß ein tiefes Bewußtsein des sozialistischen Ideals, daß sein Eindringen in alle Gebiete des menschlichen Lebens, eine äußerst wichtige Sache sei, daß das Proletariat schon instinktiv diese Angelegenheit nicht in die dunkelste Ecke rücken werde, daß eine ungenügende Aufmerksamkeit dieser Frage gegenüber zwar eine bittere Notwendigkeit sei, daß man aber diese Frage nicht gänzlich vernachlässigen dürfe, daß man vielmehr die Notwendigkeit unterstreichen müsse, die wachsenden Kräfte der Arbeiterklasse auch auf dieses Gebiet zu lenken.

Gegenwärtig stellt sich das Problem in einem ganz neuen Lichte dar. Einerseits ist das Proletariat in kultureller Hinsicht noch nicht reif. Es gibt noch keine, vielleicht nur sehr wenige proletarische Ideologen. Keiner von uns kann, wenn er ganz aufrichtig sein will, sagen, was das Proletariat bis jetzt Neues, radikal Wichtiges in die Gebiete der Philosophie und Naturwissenschaft hineingetragen hat; diese Gebiete werden in Zukunft unbedingt mit den hohen Grundlagen der proletarischen Soziologie und Oekonomie in Einklang gebracht werden, jedoch hat der proletarische Gedanke sich auf diesem Gebiete bisher noch wenig betätigt. Wie wird die proletarische Kunst sein? Dafür gibt es vorläufig nur ganz schwache Andeutungen in den manchmal sehr begabten Erstlingswerken, jenen ersten Lerchen der proletarischen Dichtung, die über unseren Köpfen den Gewitterhimmel voller Wolken und Blitze durchschwirren.

Das Proletariat muß die Arbeit an der Schöpfung der proletarischen Kultur fortsetzen, um mit einem möglichst breiten Strom neuer, bestimmter Werte, die den Stempel des proletarischen Gedankens tragen, die sich überall vorbereitende künftige Ordnung des triumphierenden Sozialismus zu befruchten.

Der Sozialismus wird in die feinsten Adern der Gesellschaft um so schneller eindringen, er wird den bürgerlichen Schmutz und den kleinbürgerlichen Staub um so schneller von sich abschütteln, je mehr der proletarische Genius seine Kräfte auf diese Gebiete lenken wird.

Gleichzeitig kann das Proletariat an den Kulturstätten nicht vorbeigehen, die ihm die Vergangenheit als Erbschaft hinterlassen hat; es kann nicht den riesenhaften, wissenschaftlichen und Lehrapparat, wie ihn Staat und Gesellschaft sogar in Rußland hatten, unausgenützt beiseite liegen lassen.

Die ungeheure Aufgabe, alles allmählich mit dem sozialistischen Geiste zu durchdringen, diese ihren Dimensionen nach außerordentliche Anhäufung von teils wirklichen, teils zweifelhaften Werten, ohne die wichtigen dabei zu zerstören, das ist eine Aufgabe des Proletariats als Diktator, des Proletariats als Lenker des Staates. Die Akademien, die Universitäten, die Museen, die Laboratorien, die Schulen, die Theater, die Konzerte, die Ausstellungen usw. müssen restlos ausgenützt werden.

Im Winkel am Tore

Erstaufführung im Walhalla-Theater.

Wir stellen unsere Kritik gerne zurück, um einen Leser der „Freiheit", der sich nicht zu unseren Parteigenossen zählt, zu Worte kommen zu lassen. Man schreibt uns:

Angeregt durch die Aufforderung zur Mitarbeit an alle Leser der „Freiheit", möchte ich Ihnen aus freiem Herzen den Eindruck wiedergeben, den Gustav Slettovs bürgerliches Trauerspiel „Im Winkel am Tore" auf einen außerhalb der Sozialdemokratie Stehenden ausgeübt hat. Zum erstenmal wurde mir die Tragik des zugrunde gerichteten Handwerkerstandes in dem Schicksal des ehrsamen Büchsenmachers Pachzeller durch die zunehmende Konzentration des Kapitals ergreifend vor Augen geführt. Ich bin nationalökonomisch zu wenig geschult, um hier wirtschaftliche Erwägungen anknüpfen zu können, aber rein menschlich betrachtet, wurde mir durch die ungekünstelte Art der Darstellung an diesem Abend klar, wie das Kapital im Gemeinbesitz der Masse im besonderen Falle mehr Nutzen stiften kann als in der Hand eines unfähigen Einzelnen. Das Stück wirkte auf mich im Gegensatz zu so vielen anderen Machwerken besonders sympathisch, weil die zugrunde liegende Weltanschauung, ohne tendenziös zugespitzt zu sein, vertreten wurde. Ich bin müde von Enttäuschungen und doch noch immer ein Suchender. Welche Idee der Menschheit den Frieden auf Erden bringen wird? ? — Jedenfalls bin ich der Gedankenwelt des Sozialismus durch die glaubwürdige, nach keiner Seite hin übertreibende, künstlerische Darstellung seelisch bedeutend näher gerückt.

Willy Tiebrich, Charlottenburg.

Sommer-Oper in der Volksbühne. Am 1. August findet die Eröffnungsvorstellung der Opern-Sommerspielzeit mit Kienzl's „Kuhreigen" statt. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Kammersänger Tauber von der Staatsoper Dresden, Margarete Schlemüller, Hermann Kunz. Die musikalische Leitung des gesamten Blüthner-Orchesters liegt in den Händen von Herrn Eugen Gottlieb.

Keine halben Maßnahmen!

Ein Hohn auf das Interesse der Allgemeinheit

„In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, daß Aktiengesellschaften in Form von Dividenden oder Gratifikationen ihren Aktionären Summen zuwenden, deren Höhe des allgemeinen Interesses wert sind. Wenn diese hohen Dividenden wenigstens noch ein Zeichen besonderer Prosperität der deutschen Wirtschaft wären! Aber wie es damit aussieht, ist zur Genüge bekannt. Diese hohen Dividenden sind in einer Zeit wie der heutigen, wo zwischen Kaufkraft und Preisen ständig die Krise droht, nur möglich, indem ohne Rücksicht auf die kaufschwachen Konsumenten die Preisschraube angezogen wird, oder wenn auf dem Rücken der misera contribuens plebs „Konjunktur"-Gewinne gemacht werden. Man fragt sich: hat das Reich nicht Mittel und Wege, derartig übermäßig hohe Gewinne von Gesellschaften für die Allgemeinheit zu erfassen? Warum greift der Staat nicht zu? Hier liegen die Gewinne offen zutage, er bedarf nur einiger bilanzkundiger Steuerbeamter und einer entsprechenden Aenderung der Bilanzierungsvorschriften, um zu verhindern, daß ihm keine Beträge in der Erfassung entgehen. Angesichts der allgemeinen Wirtschaftsnot und der trostlosen Leere der Staatskassen ist es unerträglich, daß Dividenden verteilt werden, die nicht anders gekennzeichnet werden können denn als Hohn gegenüber der Last, unter der die Allgemeinheit keucht. Wir greifen zwangslos einige Fälle der letzten Zeit heraus.

Die Zuckerfabrik Glauzig, die im Vorjahre ihren Aktionären ein großes Bezugsrecht in den Schoß warf, verteilt bei 1920 nahezu verdoppeltem Aktienkapital und bei dem gleichen Reingewinn wie im Vorjahre 25 Prozent (Vorjahr 18 Prozent) Dividende. Hören wir, wie die Fabrik dies erklärt: eine befriedigende Ernte, eine sehr gute Zuckerausbeute und eine günstige Verwertung aller Produkte. Und wie sieht es mit den Zahlen aus? Verarbeitet wurden 280 668 Doppelzentner Rüben gegen 173 600 Doppelzentner im Vorjahre bei einem Zuckergehalt von 18,15 Prozent gegen 18 Prozent. Das geht über den Verstand aller derer, die nicht im Aufsichtsrat der Zuckerfabrik sitzen, wohl hinaus, aber der Endeffekt, die 25 Prozent Dividende, stimmt. — Die Hohlglashüttenwerke Ernst Witter Akt.-Ges. in Unterneubrunn verteilen 40 Prozent und überdies auf je zwei alte eine Gratisaktie. Summa summarum also, von der Kapitalverwässerung und dem Agiogewinn abgesehen, 60 Prozent. Dabei hört man vielfach die Behauptung, daß das deutsche Glas nicht so recht konkurrenzfähig sei. Die Gesellschaft hat übrigens schon früher gut verdient, so 1917: 40 Prozent. Für 1918 finden sich keine Angaben. — Die von Poncet Glashüttenwerke A.-G. in Friedrichshain verteilen 30 Prozent (i. V. 20 Prozent). — Noch einige Fabriken aus der Textilbranche. Es braucht niemandem ins Gedächtnis zurückgerufen zu werden, wie schwer es heute für die meisten Menschen ist, sich einen Anzug, sich auch nur ein Hemd zu kaufen. Trotz der angeblich so sehr herabgesetzten Preise, bei denen, wie immer in solchen Fällen, das Geschrei größer ist als die Preisherabsetzung. Aber sehen wir uns einige Ausschüttungen an: die Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei verteilt neben 12 (Vorjahr 10) Prozent Dividende nicht weniger als die Hälfte des Aktienkapitals in Form von Genußscheinen an ihre Aktionäre. — Die Gera-Greizer Kammgarnspinnerei gewährt auf je eine alte Aktie (in besonderer Form, die an der Sache nichts ändert) 1½ Gratisaktien: also das eineinhalbfache Aktienkapital! — Die Tüll- und Gardinenweberei Akt.-Ges. in Plauen beantragt 20 (Vorjahr 15) Prozent Dividende und mindestens Verdoppelung des 1,8 Mill. Mark betragenden Kapitals.

Man kann die Sache drehen und wenden, wie man will. Wer hat letzten Endes die Dividenden aus seiner Tasche zu bezahlen? Der Konsument. Der Herr Finanzminister sei auf diese Verhältnisse hingewiesen. Oder: das Reich verwendet Milliarden für Lebensmittelverbilligung — der Herr Wirtschaftsminister sei darauf hingewiesen, daß sich hier vielleicht ein ganz hübsches Sümmchen für die notleidende Bevölkerung aus den Taschen der nicht notleidenden Bevölkerung sammeln ließe. Und schließlich sei der Reichstag einmal auf das dauernd wachsende Defizit im Staatssäckel und auf seine Pflicht verwiesen."

Diese Ausführungen finden wir in einem bürgerlichen Blatte, der „Frankfurter Zeitung" vom 29. Juli. Sie dürfen allerdings nicht nur an die von der „Frankfurter Zeitung" angegebene Adresse, den Reichsfinanzminister, gerichtet werden; sie beschuldigen zugleich die ganze bisherige Regierungspolitik, an der die Rechtssozialisten ein gerüttelteß Maß von Verantwortung tragen. Diese Politik hat es verhindert, daß die Produktion so umgestaltet wurde, daß sie den Interessen der Allgemeinheit entsprach; diese Politik hat dahin gefährt, daß die werktätige Bevölkerung einer täglich steigenden Not überantwortet und das Reich immer schneller dem Zusammenbruch zugetrieben wird, wogegen die Kapitalisten sich die Taschen bis zum Zerplatzen füllen können. Die „Frankfurter Zeitung" als Vertreterin kapitalistischer Interessen will mit ihrer Kritik allerdings nur den schlimmsten Auswüchsen der kapitalistischen Wirtschaftsweise zuleibe gehen; damit wird aber keine dauernde Hilfe gegen das wachsende Elend geschaffen, vielmehr muß immer lauter und energischer die Forderung erhoben werden, daß die Wirtschaft dem Profitinteresse des Kapitals entzogen und in den Dienst der Allgemeinheit gestellt wird!

Die Finanzlage des Reiches

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Denkschrift über die finanzielle Lage des Reiches überreicht. Nach einer Uebersicht über die finanzielle Entwicklung des Reiches von 1913 bis 1919 wird ausgeführt:

„Die Einnahmen aus Zöllen und Steuern, die Monopoleinnahmen und Ausfuhrabgaben, die Einnahmen aus dem Bankwesen und sonstige kleinere Einnahmen sollen erbringen insgesamt 27,77 Milliarden Mark, darunter 2,9 Milliarden Mark aus Steuern, die noch nicht bewilligt sind, und 8 Milliarden Mark aus einmaligen Steuern. Die Ausgaben des ordentlichen Haushalts sind, nach Abzug von 180 Millionen Mark Rückeinnahmen, veranschlagt mit 27,77 Milliarden Mark. Würden die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben sich so gestalten, wie sie im Voranschlag geschätzt sind, so würden, wie schon erwähnt, sich die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Etats die Wage halten. Infolge der Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse und infolge des schwankenden Geldwertes ist es jedoch fraglich, ob dieses Ergebnis erzielt werden kann.

Der außerordentliche Haushalt sieht zunächst 11,6 Milliarden Mark Ausgaben vor. Dazu kommen noch aus den Betriebsverwaltungen Fehlbeträge in Höhe von 12,9 Milliarden Mark, die sich aber aus den vorgenannten Gründen wohl auf 16 Milliarden Mark oder noch darüber erhöhen werden. Die Gesamtausgabe des außerordentlichen Haushalts würde demnach 24,5 bis 27,6 Milliarden Mark betragen.

Der Gesamtbedarf des außerordentlichen und ordentlichen Haushalts ist in dem vorläufigen Etat auf 52,8 bis 55,8 Milliarden Mark anzugeben, wovon rund die Hälfte durch die Einnahmen des ordentlichen Etats Deckung finden soll.

Vor Jahresfrist ist die große Steuerreform in Angriff genommen worden. Trotzdem die Gesetzgebung rasch gefördert worden ist, wird es doch noch einige Zeit dauern, bis die finanzielle Auswirkung der bisher geschaffenen Steuergesetze vollkommen in die Erscheinung tritt. Bis dahin aber wachsen und wachsen die Schulden und erhöhen die Zinslast des Reichs. Hatte der Schuldenstand am 31. März einschließlich der Verpflichtungen aus nichtfundierten Schatzanweisungen 156,1 Milliarden Mark betragen, so belief sich die Gesamtschuld des Reichs am 30. Juni 1920 auf die Summe von 215 Milliarden Mark. Darunter waren 128,8 Milliarden Mark schwebende Schulden. Allein der Monat Juni weist einen Gesamtbedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln in Höhe von 11½ Milliarden Mark auf. Diese Entwicklung ist geradezu verhängnisvoll. Die Hauptursache der Schuldenvermehrung im Monat Juni liegt in dem Bedarf der Verkehrsverwaltungen. Die Post erforderte an außerordentlichen Deckungsmitteln eine Milliarde Mark, die Eisenbahn an Zuschüssen zwei Milliarden Mark und infolge der Verreichlichung und Uebernahme der preußischen schwebenden Schuld auf das Reich weitere sechs Milliarden Mark.

Aus diesen Ziffern spricht eine gewaltige Mahnung an das deutsche Volk, den Ernst der Lage, in welcher wir uns befinden, voll zu erkennen und Regierung und Parlament mit allen Mitteln zu unterstützen, damit durch praktische Ausführung der Steuerreform eine weitere Verschlechterung der Finanzlage des Reiches vermieden wird. Es dreht sich um alles. Wenn wir der Finanznot nicht Herr werden, weil ein Teil des Volkes sich an den papiernen Reichtum klammert, so wäre eine wirtschaftliche Katastrophe von ungeheurer Tragweite unvermeidlich; die Folgen einer solchen wären nicht auszudenken."

Der Reichsfinanzminister hätte sich seine Mahnung „an das deutsche Volk" ersparen können, denn nicht das „Volk" ist es, das das Reich zugrunde richtet, sondern es sind die besitzenden Klassen, die die Schuld am Kriege tragen, die ungeheueren Kriegskosten verursacht haben und die sich nunmehr von der Bezahlung der Lasten zu drücken suchen. Der Reichsfinanzminister hat selbst wiederholt feststellen müssen, daß der Ertrag aus den Besitzsteuern bisher lächerlich gering war, und wenn es bis jetzt überhaupt noch gelungen ist, das Reich vor dem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren, so ist das den ungeheueren Lasten zuzuschreiben, die der minderbemittelten Bevölkerung aufgelegt worden sind.

Gerade in Anbetracht dieser Umstände wirkt es so empörend, daß durch den Steuerabzug vom Lohn bei der werktätigen Bevölkerung eine Zwangsanleihe aufgenommen wird, und daß auf diese Weise das Proletariat, das ohnehin schon durch die kapitalistischen Kreise aufs äußerste ausgebeutet und entrechtet wird, zu Sonderleistungen für den Staat herangezogen wird. In Zukunft sollte der Reichsfinanzminister also seine Mahnung nicht „an das deutsche Volk" richten, sondern vielmehr alles tun, damit die besitzenden Klassen endlich entsprechend ihrer wirtschaftlichen Stärke zur Deckung des Defizits herangezogen werden. Das geschieht aber noch nicht im entferntesten. Je schwerer der Steuerdruck auf der werktätigen Bevölkerung lastet, desto tollere Profitorgien feiern die kapitalistischen Kreise. Glaubt die Regierung, daß das Volk sich diesen wahnwitzigen Zustand noch lange gefallen lassen wird?

Abbau der Zwangswirtschaft

Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich in seinen beiden ersten Sitzungen am 28. und 29. Juli mit der Frage der Bewirtschaftung der Kartoffeln und des Fleisches. Die Regierung hatte dem Ausschuß den Entwurf einer Verordnung zur Begutachtung vorgelegt, die als Uebergangsmaßnahme und zur Vorbereitung der freien

Vieh- und Fleischwirtschaft

die Aufhebung der Fleischkarte vorschlägt, die durch eine örtliche Kundenliste ersetzt werden soll. An Stelle der Kundenliste soll auf Wunsch einzelner Landesregierungen aber auch die Einführung einer Gemeindefleischkarte zulässig sein. Der Verordnungsentwurf sucht ferner die Fleischversorgung der Selbstversorger dadurch zu verbessern, daß in Zukunft nicht mehr eine Gewichtsmenge, sondern ganze Schlachttiere als Berechnungsgrundlage der Selbstversorgerration zugelassen werden sollen. Daneben sind noch einige andere Bestimmungen zur Erleichterung der Selbstversorgung mit Fleisch vorgesehen.

Der Ausschuß, der sich nur gutachtlich zu äußern hatte, erklärte sich mit großer Mehrheit gegen die Verordnung. Sein Hauptbedenken war, daß durch die Annahme der Regierungsverordnung, die eine Weiterbelieferung der Gasthöfe vorsieht, eine starke Bevorzugung derjenigen Kreise eintreten muß, die in Gasthöfen ihre Mahlzeiten einnehmen. Zwar besteht dieser Zustand tatsächlich heute schon, ihn aber gesetzlich festzulegen, erschien dem Ausschuß bedenklich. Die Aussprache, die sich nicht nur auf die vorgelegte Verordnung beschränkte, sondern auch eingehend die Gründe für und wider die Fortdauer der Zwangswirtschaft erörterte, endete mit der Annahme eines Beschlusses, wonach das Gutachten des Ausschusses auf Aufhebung der Zwangswirtschaft nach einigen Monaten bei vorläufiger Beibehaltung der Fleischkarte lautet. Die Aufhebung soll erst erfolgen, wenn gewisse Uebergangsmaßnahmen, wie Schaffung von Fleischreserven, Einfuhr von Futtermitteln und Abschluß von Lieferungsverträgen durchgeführt worden sind.

Bezüglich der

Kartoffelwirtschaft

wurde die Aufhebung der Bewirtschaftung der Herbstkartoffeln einstimmig beschlossen. Auch hier wurde jedoch an die Aufhebung der Zwangswirtschaft die Bedingung geknüpft, daß die Gemeinden durch Abschluß von Lieferungsverträgen ein Quantum von 35 Millionen Zentnern für die städtische Bevölkerung sicherstellen und daß außerdem Vorsorge für weitere Kartoffelreserven, mit denen etwa eintretende Notstände bekämpft werden können, getroffen wird. Die Fabrikation von Kartoffelflocken und Kartoffelstärke soll im kommenden Winter in der bisherigen Weise weiter geführt werden, weil auch dadurch Kartoffelreserven gesichert werden.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichswirtschaftsrats hat den hier behandelten Beschlüssen seines Unterausschusses für Ernährung und Landwirtschaft in seiner heutigen Sitzung die erforderliche Genehmigung erteilt.

Ein Antrag der Demokraten

Die demokratische Fraktion hat folgenden Antrag im Reichstag eingebracht: die Reichsregierung zu ersuchen:

1. entsprechend der Erklärung des Herrn Reichskanzlers vom 28. Juni 1920: „daß auf den zahlreichen Gebieten, auf denen die öffentliche Bewirtschaftung keine unbedingte Notwendigkeit mehr ist, auf denen der freie Handel eine bessere und billigere Versorgung herbeiführen kann, der Abbau der Zwangswirtschaft mit Beschleunigung weitergeführt werden wird," darüber Auskunft zu geben, welche Gebiete für diesen beschleunigten Abbau der Zwangswirtschaft jeder Art in Betracht kommen und was auf diesen Gebieten bisher geschehen ist;

2. schleunige Maßnahmen zu ergreifen, um je nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse, der einzelnen Gewerbezweige und des Geldstandes eine zeitweilige Außerkraftsetzung der Ausfuhrabgaben herbeizuführen.

Inzwischen nimmt der Abbau der Zwangswirtschaft durch selbständiges Vorgehen einzelner Reichsstelle bereits seinen „beschleunigten" Verlauf. Auf die ganze Angelegenheit wird noch zurückzukommen sein.

Demonstration der chemischen Arbeiter. Die Arbeiter der chemischen Fabriken im Wirtschaftsbezirk Frankfurts demonstrierten Freitag abend nach Fabrikschluß. In Zügen von Tausenden von Arbeitern ging es zum Börsengebäude, wo die Tarifkommission mit den Fabrikleitungen über die Forderungen der Arbeiterschaft verhandelte. Gefordert wird eine 48stündige Arbeitswoche, die Uebernahme des Steuerabzuges auf die Betriebe und eine Lohnerhöhung von 75 Prozent ab 1. Juli. Ein Gewerkschaftssekretär gab bekannt, daß die Verhandlungen mit den Fabrikleitungen einen günstigen Erfolg zeitigen, worauf sich die Demonstranten zerstreuten.

Das deutsch-holländische Kreditabkommen

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über den mit der holländischen Regierung abgeschlossenen Vertrag über Kredit und Steinkohlen zugegangen. Danach erhält Deutschland einen Kredit von 200 Millionen Gulden auf zehn Jahre zu sechs Prozent Zinsen. Für 60 Millionen Gulden sollen Lebensmittel, für 140 Millionen Gulden Rohstoffe geliefert werden. Als Gegenleistung liefert Deutschland an die Niederlande vier Jahre lang monatlich mindestens 90 000 Tonnen Steinkohlen, Briketts und Koks zum Weltmarktpreis. Zur Sicherheit für den gesamten Kredit werden bei der Niederländischen Bank Reichsschatzscheine in Höhe von 200 Millionen Gulden hinterlegt. Die niederländische Regierung hat im April dieses Jahres bereits einen Vorschuß von 25 Millionen Gulden auf den Lebensmittelkredit gewährt.

Die Ausführung dieses Abkommens stößt aber auf Schwierigkeiten. In der französischen Kammer hat Millerand ausgeführt, daß auf Grund des Artikels 248 des Vertrages von Versailles die Alliierten ein allgemeines Privileg auf deutsches Besitztum hätten. Kein Neutraler dürfte also ohne Einverständnis der Alliierten ein Abkommen mit Deutschland treffen, also sei auch das holländische Kreditabkommen nicht rechtskräftig. Diese Auslegung des Artikels 248 ist durchaus nicht stichhaltig. Es heißt dort, daß „alle Vermögenswerte und Einnahmequellen Deutschlands und der deutschen Bundesstaaten an erster Stelle für die Bezahlung der Wiedergutmachungs- und aller anderen Verpflichtungen" haftbar seien. Daraus ergibt sich aber noch keineswegs, daß Deutschland kein Abkommen in der Art des deutsch-holländischen Kredit- und Kohlenabkommens schließen dürfe. Wenn Deutschland die Vereinbarungen von Spaa ausführt, und monatlich 2 Millionen Tonen Kohlen an die Alliierten liefert, so kann die Entente nicht das geringste Interesse daran haben, andere Abkommen Deutschlands mit neutralen Ländern, die die Besserung der Wirtschafts- und Ernährungslage bezwecken, zu verhindern.

Versorgung mit billigem Schuhwerk

Der Reichstagsabgeordnete Genosse Simon (Franken) hat im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages einen Gesetzentwurf über die Einziehung von Geldbeträgen bei Kriegsorganisationen der Leder- und Schuhwirtschaft eingebracht. In diesem Gesetzentwurf wird bestimmt, daß der Sicherungsfonds der Deutschen Leder A.-G., der Liquidationsfonds des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie, der Liquidationsfonds des Hauptverteilungsausschusses des Schuhhandels und der Liquidationsfonds der Sattlerleder-Gesellschaft m. b. H. mit Wirkung vom 1. Juli 1920 zugunsten des Reichs zum Zwecke der Versorgung der Minderbemittelten mit billigem, neuen ledernen Straßenschuhwerk beschlagnahmt, Eigentum des Reichs werden sollen und an die Reichskasse abzuführen sind.

Die Horthybanden stehlen Waffen

Bewaffnete Horthy-Banditen haben einen Brigantenzug nach Deutschösterreich hinein unternommen, um in dem steiermärkischen Grenzort Fürstenfeld das Waffenmagazin zu berauben. Der Raubzug gegen das Waffenmagazin war militärisch organisiert. Sogar die Eisenbahnstrecken waren besetzt, um den Raubzug zu decken. Wer sich widersetzen wollte, wurde mit dem Erschießen bedroht. Der Wert der geraubten Waffen wird auf 4 Millionen Kronen geschätzt. Die Wiener Blätter erheben schwere Anklagen gegen Ungarn, jedoch auch gegen die Landesregierung von Steiermark, welche entgegen dem Auftrage des Staatsamtes für Heereswesen, sich geweigert hatte, die Waffen von Fürstenfeld ins Innere des Landes zu bringen. Von dem Vorfall wurde auch die Ententemissionen verständigt. Es wurde eine eingehende Untersuchung eingeleitet und von Ungarn Genugtuung verlangt.

Ueber Einzelheiten berichten die folgenden Meldungen:

Graz, 30. Juli.

Zwischen drei und vier Uhr früh, wurde das Zeug- und Munitionsdepot in Fürstenfeld durch eine Gruppe von etwa 800 Personen, die aus der Gegend von Rudersdorf in Ungarn kamen, geplündert. Die Depotbestände, ungefähr Ungarn kamen, geplündert. Die Depotbestände, ungefähr 2000 Gewehre, 21 nicht gebrauchsfähige Masch.-Gewehre, sowie ungefähr 2000 Mannesausrüstungen, wurden weggeführt. Die Plünderer waren mit drei Lastautos samt Anhängewagen erschienen. Ein Teil der Leute, etwa 150, plünderte das Magazin, während die übrigen zur Bewachung der Stadt Fürstenfeld verwendet wurden. Die Ruhe in der Stadt wurde nicht gestört. Es kam auch zu keinen weiteren Tätlichkeiten. Die Bewachung des Zeughauses war von den militärischen Formationen noch nicht übernommen worden.

Wien, 30. Juli.

Das Staatsamt für Heerwesen erhielt über die Plünderung gen des Waffenmagazins in Fürstenfeld vom Grenzschutzabschnitt Fehring einen Drahtbericht, wonach während der Plünderung die Telephonzentrale und die Gendarmeriestation besetzt, alle Privatwohnungen der Gendarmen von Ungarn umstellt und die Telephonleitungen durchschnitten wurden. Wo sich ein Gendarm sehen ließ, wurde er mißhandelt. Auch der Bürgermeister von Fürstenfeld telegraphierte, daß Straßen und Häuser besetzt, Passanten und Wachorgane interniert und mißhandelt und die verhafteten Personen bis an die ungarische Grenze mitgeschleppt wurden, wo ihnen baldige Freilassung versprochen wurde.

England-Amerika-Japan

HR. London, 31. Juli.

„Daily Chronicle" bringt die bedeutsame Meldung, daß am Dienstag im Washingtoner Staatsdepartement eine wichtige Konferenz englischer und amerikanischer Diplomaten über die japanisch-amerikanischen Schwierigkeiten und Japans Bemühungen, seine Autorität über China auszudehnen, stattgefunden. Es beteiligten sich an ihr 8 amerikanische Staatssekretäre und der amerikanische Botschafter in Japan und auf englischer Seite die Botschafter in Washington und Peking. England habe sich der amerikanischen Auffassung angeschlossen, daß das Lansing-Ishii-Abkommen von 1917 Japan in keiner Weise freie Hand in China gebe, noch eine japanische Monroe-Doctrin anerkenne.

Wasser und Oel

Rotterdam, 30. Juli.

Wie aus London gemeldet wird, hat die Unabhängige Arbeiterpartei eine Antwort des Vollzugsausschusses der dritten Internationale auf verschiedene Fragen betr. das Programm und die Bedingungen für einen Anschluß an die Moskauer Internationale erhalten. Moskau sage, der Kommunismus könne in England nicht ohne eine blutige Revolution verwirklicht werden. Die Arbeiter müßten daher auf einen schweren Bürgerkrieg vorbereitet sein. In einer Anmerkung zu dieser Antwort sagt Ramsay Macdonald, die dritte Internationale und die Unabhängige Arbeiterpartei in England seien wie Wasser und Oel. Sie würden sich niemals miteinander vermischen.

Wahlprüfungsgericht. Gemäß der Reichsverfassung ist jetzt zur Prüfung der Gültigkeit der Reichstagswahlen das Wahlprüfungsgericht aus sechs Mitgliedern des Reichstages und vier Reichsgerichtsräten gebildet worden. Vorsitzender wurde Abgeordneter Spahn (Ztr.), stellvertretender Vorsitzender Abgeordneter Fischer (S. P. D.) und ein Reichsgerichtsrat, Schriftführer Abgeordneter Dr. Rosenfeld (U. S. P. D.).

Aus der Partei

Zum Fall Thomas

Nach Entgegennahme des eingehenden Berichts der von der Reichstagsfraktion der U. S. P. eingesetzten Kommission zur Untersuchung der gegen Wendelin Thomas erhobenen Beschuldigungen hat die Fraktion nach eingehender Aussprache einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Thomas wird aufgefordert, bis zur Entscheidung durch ein Parteischiedsgericht an den Sitzungen des Reichstages und der Fraktion nicht teilzunehmen."

Eine deutsche Parteischule in der Tschechoslowakei.

Den bisherigen Bemühungen der deutschen sozialdemokratischen Partei in Oesterreich um eine regelmäßige Ausbildung der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die leider durch den Weltkrieg unterbrochen wurden, folgend, hat das Sekretariat der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik die Abhaltung einer Parteischule beschlossen, die vom 15. August bis 4. September d. J. in Teplitz-Schönau stattfinden wird. Es werden vorgetragen: 1. Theorie und Geschichte des Sozialismus, Vortragender Genosse Max Adler aus Wien, 15 Stunden und anschließend gesellschaftswissenschaftliches Seminar, 10 Stunden. 2. Volkswirtschaftslehre, Genosse M. Stein, Reichenberg, 15 Stunden, Seminar 10 Stunden. 3. Politik Genosse Prof. Polach Brünn, 12 Stunden, Seminar 7 Stunden. 4. Gewerkschaftswesen Genosse Franz Lill, Wien, 12 Stunden, Seminar 4 Stunden. 5. Geschichte der Tschechen, Genosse Dr. Emil Strauß, Teplitz, 4 Stunden. 6. Sozialversicherung Genosse Siegfried Traub, Brünn, 4 Stunden. 7. Arbeiterrecht, Genosse Dr. Viktor Haas, Mähr.-Ostrau, 4 Stunden. 8. Journalistisches Seminar, Gen. Dr. Luitpold Stern, Wien, 12 Stunden. Das Delegierungsrecht besitzen alle Bezirks- und Kreisorganisationen, die Gewerkschaftsverbände, das Frauenreichskomitee, der Verband der Jugendlichen Arbeiter, der Verband der Kleinbauern und Häusler. Die Schülerzahl ist auf 50 begrenzt, das Schulgeld beträgt 200 Kronen und muß von der delegierenden Organisation bezahlt werden. Dadurch haben die deutschen Genossen in der Tschechoslowakei einen erfreulichen Vorstoß für die Wiederaufnahme der systematischen Bildungsarbeit gewagt, dessen gute Früchte sich in der nächsten Zukunft zeigen dürften.

Gewerkschaftliches

Arbeitgeber, die sich dem Schiedsspruch nicht unterwerfen!

Durch Schiedsspruch vom 23. Juli d. J. wurde für die Dunghandlungen Groß-Berlins folgender Spruch gefällt: Die Kutscher erhalten einen Wochenlohn von 250 M., die Mitfahrer 248 M., die Stalleute 200 M.

Auf diesen Schiedsspruch hin erklärten die Firmen Karl Mey, Albert Saß, Andreas Hoffmann, S. Dombrowsky, Sarbock & Wihleb, Max Jansa Nachflg. und Lehmann & Kilian sich diesem Schiedsspruch nicht zu unterwerfen, und unterbreiteten ihren Kutschern und Arbeitern am 24. d. M. einen Revers, in dem zum Ausdruck gebracht wird, es wäre den Herrn Düngergroßhändlern bei den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen und der Unrentabilität der Betriebe unmöglich, diese Löhne zu zahlen und boten ihren Arbeitern einen Wochenlohn von 170 M. mit Prozenten.

Mit diesen Prozenten würde ein Wochenlohn von 200 M. herauskommen, was bei dieser schweren und unangenehmen Arbeit ein Hohn für die Arbeiterschaft ist. Da schon mehrere Arbeitgeber sich bereit erklärt haben, den Lohn von 250 M. zu zahlen, kann von einer Unrentabilität keine Rede sein, weil man seinen Arbeitern erklärt hat, sie sind bereit, den Lohn zu zahlen, wenn die Arbeiter aus dem Deutschen Transportarbeiterverband austreten.

Also, man versucht, den Arbeitern ihr heiligstes Recht, das Koalitionsrecht, streitig zu machen. Laut diesen Verhältnissen ist die gesamte Arbeiterschaft zu dem Entschluß gekommen, am Mittwoch früh auch bei diesen Firmen die Arbeit niederzulegen, die nicht ausgesperrt haben.

Die Firmen Buche, Nitsche und Negrassus haben durch Unterschrift den Lohn bewilligt und ist die Arbeit sofort wieder aufgenommen worden. Die Kollegen der Firmen, die den Lohn bewilligt haben, sind mit Legitimationskarten versehen, damit kein Unberufener die Arbeit verrichtet.

Wir ersuchen die gesamte Arbeiterschaft Groß-Berlins um strenge Solidarität, damit auch der berechtigten Forderung der Dungkutscher Geltung verschafft wird.

Der Schlag der Herren Arbeitgeber richtet sich in der Hauptsache nicht gegen die Forderungen der Kutscher und Mitfahrer, sondern gegen die ihnen so verhaßte Organisation, dem Deutschen Transportarbeiterverband. Darum: Hoch die Solidarität!

Deutscher Transportarbeiterverband. Sektion 2.

An die Arbeiterschaft Groß-Berlins

Die Unternehmer der Messerschmiede und Hohlschleifer verbreiten unter dem Publikum die Nachricht, daß sie die geforderten Löhne zahlen wollen und nur die Gehilfen es sind, die Verständigung nicht wollen.

Wie steht es nun in Wirklichkeit aus? Am 23. April stellten die Gehilfen Lohnforderungen auf die bis dato gezahlten Löhne von 3,75 M. pro Stunde. Sie wollten mit den Erhöhungen die gleiche — in der Metallindustrie übliche — Entlohnung erreichen. Kein Unternehmer wollte davon etwas wissen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband als Vertretung der Gehilfen klagte beim Schlichtungsausschuß. Das Urteil lautete dahin: „Bis zum 25. Juni haben die Arbeitgeber mit dem deutschen Metallarbeiter-Verband zwecks Abschlusses eines Tarifvertrages zu verhandeln." Kurz vor Ablauf der Frist sprach unser Organisationsvertreter telephonisch mit dem Vorsitzenden der Arbeitgeber, um sich mit ihm über die Festsetzung des Termins zu verständigen — leider erfolglos. Diese Gründe waren es, die unsere Kollegen in den Streik trieben. Mit oben angeführten Gründen versuchen die Unternehmer den Konsumenten Sand in die Augen zu streuen. Gleichzeitig versuchen sie die Kollegen von ihrer Organisation abzubringen, indem sie erklären, sie würden ihnen die Löhne bewilligen, wenn die Gehilfen den Verband verlassen. Sie wollen durchaus nicht in den Abschluß eines Tarifvertrages einwilligen, d. h. mit anderen Worten — sich in nichts festlegen.

Die Hauptscharfmacher hierin sind die Firmen: Waschow, Landsberger Straße 7 und Bruchlacher, Oranienstraße 43. Letztere Firma hat es sogar für nötig befunden, die Polizei gegen die — ihr Koalitionsrecht ausübenden — Kollegen anzurufen. Der Grund hierfür dürfte nur dem Firmeninhaber bekannt sein. Obgleich die Löhne der streikenden Kollegen noch nicht erhöht sind, haben die Unternehmer trotzdem die Preise für die einzelnen Arbeiten erhöht.

Der Streik geht seit dem 7. Juli. Die sich im Streik befindlichen Kollegen wenden sich auf diesem Wege an die organisierte Arbeiterschaft — insbesondere auch an die selbständigen Friseure, Fleischer, Schneider und dergl. — und bitten um Unterstützung in ihrem schweren Kampf dadurch, daß Aufträge nur bewilligten Firmen aufgegeben werden.

Bewilligt haben die Firmen: Koborowski, Waßmannstr. 37; Knoppe Ritterstr. 124.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Streikleitung.

Groß-Berlin

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Montag, den 2. August, abends 7 Uhr

Vollversammlung der Räte- und Gewerkschaftskommission

in den Prachtsälen Alt-Berlin, Blumenstraße 10.

An dieser wichtigen Versammlung müssen alle Räte- und Gewerkschaftskommissionsmitglieder der Abteilungen und Ortschaften, die im Bezirksverband der U. S. P. Berlin-Brandenburg liegen, anwesend sein.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Ziska vom Metallarbeiterverband über **Betriebsorganisation.** 2. Diskussion. 3. Organisationsangelegenheiten.

Die neue Mietssteigerung

die der Wohnungsverband Groß-Berlin festgesetzt hat — zehn Prozent mehr Miete —, braucht vorläufig noch kein Mieter zu zahlen; denn abgesehen von der Möglichkeit, daß die neue Verordnung noch aufgehoben werden kann, trifft die Erhöhung nur solche Mietverträge, die in gültiger, vertragsgemäßer Weise und mit Genehmigung des Mieteinigungsamtes gekündigt worden sind oder noch gekündigt werden und bei denen außerdem das Mieteinigungsamt die neue Erhöhung neuerdings ausdrücklich zuläßt. Die neue Erhöhung wird im Regelfalle erst zum 1. April 1921 eintreten können; denn die Kündigungen zum 1. Oktober 1920 sind schon meist durch das Mieteinigungsamt endgültig erledigt, und zulässige Kündigungen zum 1. August oder 1. September 1920 sind ganz selten.

Die vollen 10 Prozent mehr brauchen aber erst gezahlt zu werden, wenn diese Forderung des Vermieters vom Mieteinigungsamt nachgeprüft worden ist; denn die 10 Prozent ohne weiteres bewilligen, hieße, die Höchstpreise auch auf dem Wohnungsmarkt einführen. Die einfachste Lehre für jeden Mieter ist, nur dann 30 Prozent Zuschlag zur Friedensmiete zu zahlen, nachdem das Mieteinigungsamt endgültig in mündlicher Verhandlung des Einzelfalles diese Mietzinshöhe festgesetzt hat. Selbst schriftliche oder mündliche anderweite Vereinbarungen haben demgegenüber keine Gültigkeit.

„Nie wieder Krieg!"

Die zum morgigen Sonntag, vormittags 10½ Uhr, vom Friedensbund der Kriegsteilnehmer nach dem Lustgarten einberufene Massenkundgebung für Völkerversöhnung und Weltfrieden verspricht zu einem bedeutsamen politischen Ereignis zu werden. Es beteiligen sich an ihr die den verschiedensten politischen Richtungen nahestehenden republikanischen Organisationen. So die Friedensgesellschaft, der Internationale Bund der Kriegsopfer, der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, der Bund Neues Vaterland, der Republikanische Führerbund, der Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin, die Deutsch-demokratische Jugendvereinigung, die Jungsozialistische Vereinigung, der Pazifistische Studentenbund (Universität und Handelshochschule) und die Lazarettkommission Groß-Berlin. Zu der Tagesordnung: „Nie wieder Krieg!" werden unter anderen referieren: Augenstein, Heppenheimer, Kröll, Willy Meyer, Riesstahl, Philippsborn, Tiedt, Karl Vetter, Ignaz Wrobel und Artur Zickler. Alle Kriegsgegner sind zur Teilnahme eingeladen.

Hundeliebe. Eine „Dame" steigt in die Straßenbahn und nimmt mir gegenüber Platz. Sorgfältig hält sie irgendetwas in einem kostbaren, weichen Schal verborgen, drückt es zärtlich an die Brust, guckt hin und wieder mit glücklichem Lächeln unter die Hülle und schaut triumphierend um sich in dem seligen Bewußtsein, daß alle Welt an ihrem Glück teilnehme. „Glückliches Kind," dachte ich im Stillen, „wohl dir, daß du so eine treusorgende . . . ." Ich konnte nicht zu Ende denken, denn eine haarige Hundeschnauze tauchte aus den Falten des Schals auf, dem gespitzten Munde der „zärtlichen Mutter" entgegenschnuppernd, die mit leuchtenden Augen auf ihren „Liebling" niedersah. —

Wieviel Kinder müssen in Waisen- und Findelhäusern ein liebeleeres, rauhgebettetes Dasein fristen? Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, daß es viele tausende sind. Aber auch die zärtlichen Hundemütter sind nach tausenden zu zählen. Wie wäre es denn, meine Damen, wenn ihr euch eure Tiere schleunigst vom Halse schafftet und ein verwaistes kleines Menschlein an eure Brust drücktet? Wie wärs, wenn der Liter Milch, den euer überflüssiger Schoßhund täglich säuft, dem elternlosen Säugling zugute käme, aus dem einmal ein Werte schaffender Mensch werden soll? Schämt ihr euch denn gar nicht? Oder sollte es wahr sein, was boshafte Leute behaupten, daß nämlich viele Frauen zu faul sind, die Mühe auf sich zu nehmen, die mit der Pflege eines Kindes nun einmal verbunden ist, und daß deshalb der natürliche Trieb der Frau, Liebe zu spenden, dem anspruchsloseren Hunde zugewendet wird?

Die Turnhalle Prinzenstraße 70 hat nun wieder ihre Pforten geöffnet und steht dem Turnverein Fichte an jedem Dienstag und Freitag in der Zeit von 6—8 Uhr für eine Schülerabteilung, von 8—10 Uhr für eine Männerabteilung zur Verfügung. Wir machen die in der Nähe der Turnhalle wohnenden Eltern darauf aufmerksam und erwarten, daß sie ihre Kinder, zwecks Pflege der Leibesübungen, dem Verein Fichte zuführen. Von den sich „Auch-sozialisten" nennenden Arbeitern in den bürgerlichen Sport- und Turnvereinen erwarten wir, daß sie dort hingehen, wo sie als Klassengenossen hingehören, in den Arbeiterturn- und Sportverein Fichte.

Die Charlottenburger städtische Schulzahnklinik wurde im 2. Vierteljahre 1920 von 2168 Kindern (944 Knaben und 1224 Mädchen) aufgesucht. 2247 Zähne wurden gefüllt, 1751 Zähne gezogen und in 215 Fällen der Nerv getötet.

In einer Erhöhung der Pferdemarkt-Standgelder hat sich nunmehr auch der Magistrat Charlottenburg entschließen müssen. Nachdem bereits in den übrigen Groß-Berliner Gemeinden die Standgelder infolge der gesteigerten Unkosten schon vor einiger Zeit erhöht wurden, sieht sich auch der Charlottenburger Magistrat gezwungen, vom 1. August 1920 ab das Standgeld für ein Pferd oder Wagen auf 1,50 Mark festzusetzen.

Zustellung der Steuerbescheide in Charlottenburg. In den nächsten Tagen wird in Charlottenburg mit der Zustellung der vorläufigen Steuerfestsetzungsbescheide und der Anforderungsschreiben für die Reichseinkommensteuer an diejenigen Steuerpflichtigen, für die solche Bescheide vorgesehen sind, begonnen werden. Da die vorläufige Reichseinkommensteuer für das Vierteljahr April/Juni sofort nach Empfang des Steuerbescheides, die Steuer für Juli/September bereits am 15. August fällig ist bzw. wird, liegt es im Interesse der Steuerpflichtigen, wenn sie die nötigen Vorbereitungen schon jetzt treffen, um alsbald Zahlung leisten zu können. Diejenigen Steuerpflichtigen, denen bereits Abzüge vom Gehalt oder Lohn gemacht worden sind, seien besonders darauf hingewiesen, daß die bereits einbehaltenen Beträge, sei es durch Vorlage der Steuerkarten bei der zuständigen Steuerkasse oder durch direkte Einzahlung bei dieser auf die in den Steuerbescheiden angeforderte Summe zu verrechnen sind.

Um einen fürstlichen Namen führen zu können, sind eine Anzahl Damen einem Hochstapler ins Garn gegangen, der sich falsche Papiere und Stempel besorgte und der unter den Namen eines russischen Fürsten sich an heiratslustige, titelsüchtige, vermögende Damen heranmachte. Hohe Summen hat der Hochstapler ergattert; in einem Falle hat sich eine Dame mit ihm trauen lassen, ihm 19 000 Mark gezahlt und nach der Schweiz gefahren, um dort als Fürstin zu leben. Jetzt ist es gelungen, den Gauner als einen 45 Jahre alten Maurer Johann Katzek festzustellen. Den um ihr Geld Betrogenen braucht man keine Träne nachzuweinen, sie wollten es nicht anders haben.

Den Spielklubs geht das Spielerdezernat des Berliner Polizeipräsidiums jetzt scharf zu Leibe. Fast jede Nacht werden ein oder mehrere Klubs von den Beamten überrascht und ausgehoben. Es handelt sich dabei in erster Linie um Klubs, deren Unternehmer das Glücksspiel gewerbsmäßig betreiben. In der vergangenen Nacht gelang es den Beamten des Spielerdezernats, eine große Spielergesellschaft auszuheben, die im zweiten Stockwerk des Hauses Badensche Str. 10 bei Kirschberg versammelt war. Der Leiter dieses Spielklubs, ein gewisser Borchardt, hatte es durch umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen verstanden, viele Wochen hindurch sich vor „Ueberraschungen" zu schützen. Als es in der vergangenen Nacht dennoch gelang, plötzlich einzufallen, war wieder großer Betrieb. Die Spielgeräte wurden beschlagnahmt und gegen den Wohnungsinhaber, die Unternehmer und Mitspieler ein Strafverfahren eingeleitet.

Beim Baden ertrunken? Am 29. d. Mts. sind am Veltener Stichkanal folgende Kleidungsstücke einer Frauensperson gefunden worden: ein gelbleinenes Mantelkleid, ein gelbleinener Unterrock, ein Korsett, ein gelbseidenes Käppchen mit schwarzem Schleier und ein Paar braune Schuhe, Größe 38 und ein Paar gelbe Strümpfe, außerdem waren bei diesen Sachen eine Handtasche und ein Taschentuch, gezeichnet J. T. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist die fragliche Person beim Baden ertrunken, auch dürfte evtl. Selbstmord in Frage kommen. Zweckdienliche Angaben wolle man der Polizeibehörde Hennigsdorf bei Berlin zukommen lassen.

Beim Ueberschreiten der Schleuse ins Wasser gefallen und ertrunken ist am Handelshafen der 45 Jahre alte Arbeiter Thomas Pieper aus der Prinz Handjery-Str. 66/67. Seine Leiche konnte unweit der Unfallstelle geborgen werden. — Die Leiche eines unbekannten Mannes wurde an der Schillingbrücke aus dem Wasser gelandet. Der Tote ist etwa 60 bis 65 Jahre alt gewesen, 1,65 Meter groß, hat volles, graumeliertes Haar und trug Augengläser, eine blaue Schirmmütze, eine graue Arbeitsjacke, eine schwarze Weste, einen grünen Kragen und schwarze Schnallenschuhe.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, mit etwas Regen und mäßigen westlichen Winden.

Aus den Organisationen

Neukölln. Montag, 7 Uhr, Fraktionssitzung der Stadtverordneten. An dieser Sitzung nehmen auch die neugewählten Bezirks-Stadtverordneten teil.

Schöneberg. Montag, den 2. August, abends 7½ Uhr, Frauenleseabend, bei Berg, Feurigstr. 16. Die Genossen, deren Frauen noch nicht Mitglied der Partei sind, werden gebeten, ihre Frauen darauf aufmerksam zu machen.

Lichtenberg. Dienstag, pünktlich 7½ Uhr, Sitzung der Schieds-Kommission bei R. Siepert, Kaunstr. 3.

Baxten. Sitzung der Landagitations-Kommission Montag, 7 Uhr, bei Ehlke, Berliner Str. 118.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kameriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Wir garantieren für sofortige Wirkung unserer Präparate!

Darum lassen Sie sich nichts anderes aufreden!!!

„Pax"-Wanzentod Radikalmittel in Flaschen 3.75, 5.50 und 8.25 Mark.
„Reyherol" Nr. 1 gegen Krätze, Hautjucken, Hautausschläge usw. Flasche 7.— Mark.
„Reyherol" Nr. 2 — Haarwasser — vertilgt sicher Kopflläuse und Brut, beseitigt Schuppen, Schinnen, Jucken der Kopfhaut Flasche 5.— Mark.
„Rattenteufel". Bester und sicherster Rattenschutz. Paket 80 Pfennig.
Schuppenfrei — Antiseptisches Haarwasser — Für Haar und Kopfnerven.
Schuppenfrei — Kamille — Spez. für blondes und hellblondes Haar. Einbeitspreis Flasche 8.75 Mark.
Zu haben in allen Apotheken und Drogerien, wo nicht, direkt durch
REYHER & BEHRENS, Fabrik pharm., chem.-techn. Präparate, BERLIN S 59.

Danksagung

Für die herzliche Teilnahme bei der Bestattung unserer lieben Mutter

Henriette Malessa

sprechen wir allen Verwandten und Bekannten unseren verbindlichsten Dank aus.

In Namen der Hinterbliebenen.
Otto Malessa.

11. Distrikt 2. Abt.

Sonntag, den 1. August, früh 7,00 Uhr Stettiner Vorort-Bahnhof: Treffpunkt der Teilnehmer am

Ausflug:
Tegel — Saatwinkel — Jungfernheide.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Braunlederner Reisekoffer, groß, 300,—, verkauft Schulz, Utrechter Str. 7, Quergeb.

Gardinenverkauf Deutsch, Landsberger Straße 13.

Gardinenverkauf, herabgesetzte Preise, Küchengardinen 2.—, Bettgardinen 65.—, Scheibengardinen 4.—, Bettdecken 45.— Mk., ferner Riesenauswahl eleg. Stores, Küchengardinen, Madrasgardinen, Divandecken, Tischdecken, Teppiche, Läuferstoffe usw. Fried, Prinzenstr. 84. Besichtigung ohne Kaufzwang.

Kreuzfüchse, Alaskafüchse und alle anderen Pelzarten, enorm billige Sommerpreise. Taschenuhren, Brillanten, Schmucksachen, Silberwaren. Linienstr. 205-6, Ecke Rosenthaler Str., 1 Treppe.

Erstklassige Jackenanzüge, Friedensstoffe, verkauft sehr billig Charosch, Luitpoldstr. 8, vorn 1, Nähe Nollendorfplatz.

Möbel

Chaiselongues 150,— bis 600,—, Metallbetten 250,— bis 2000,—, weiße Schlafzimmer: Meiche, Augustbr. 32a, Dngh.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 450 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Möbel, Spiegel und Polsterwaren gegen Kasse und Teilzahlung. S. Gern, Friedrichstraße 7. Nähe Belle-Alliance-Platz.

Erleichterung bei Anschaffung von billigen Möbeln, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Garantie Möbelfabrik Luxbodenger Allee 29

Selten billig! Schlafzimmer, hellesche, nußbaum, 130×160 breiter Spiegelschrank, Wohnzimmer, Speisezimmer, Sofa, Umbauten, Küchen. Petersburger Str. 41. Zahlungserleichterung.

Kaufgesuche

Elektromaterial, Leitungsdrähte, Lichter, Installationsmaterial, Glühlampen aller Art, Schalter, Hoffmagen, Kochapparate, Heizapparate, Bügeleisen, Meßinstrumente, Telephone kauft Rosner, Beckerstr. 15a.

Gesucht! Anzüge, ebenso jede Maßarbeit, in Blaukammg., Twill sowie Cutaways, gestreifte Hosen, Paletots, finden Sie nur bei Burghers, Belzer Straße 20, n. II. 50% billiger wie im Laden.

Vornehme Jacketts, Smokings, Frackanzüge, Sommerpaletots, Gummimäntel, Hosen kaufen Sie am billigsten im Beihaus Rosenberg, Rosenthaler Straße 14.

Leim, Schellack, Bindfaden, Mißdeckstoff kauft Herbst, Tapezierer, Gr. Hamburger Str. 18-19.

Pfandscheine, Wertsachen, kauft mit Rückkaufrecht Schmidt & Eggers, Schönberg, Gedenkstr. 46

Werkzeuge u. Maschinen

Spiralbohrer, Holzschrauben, Feilen, Schmirgelleinen, Zangen, neu, kauft Koninger, Gr. Frankfurter Str. 93 vorn 2, nur nachmittags.

Spiralbohrer, neue, kauft laufend Werkzeughandlung Dentzer. 20.

Spiralbohrer und Schmirgelleinen kaufen Werkzeughandlungen Luisenufer 18, Lübecker Straße 53.

Spiralbohrer, neue, jeden Posten kauft Marten, Löwestraße 2, p. III.

Spulendrähte, zweimal Seide, 0,10 0,12 0,16, kauft Heymüller, Dresdener Str. 106. Mpl. 13657

Spiralbohrer kauft jeden Posten Lange Str. 13, Eingang Kronstr., Laden.

Spiralbohrer, neue, kauft P. Schwerizer, Reinickendorf, Provinzstr. 94, ptr.

Spiralbohrer kauft gegen sofortige Kasse. Schulze, Friedenau, Wiesbadener Str. 4. Hinterh. 4878.

Spiralbohrer, Feilen, Werkzeuge, Drehstähle, neu, kauft noch 3 Gein, Blankenfeldestraße 5, vorn part.

Spiralbohrer, Werkzeuge kauft höchstzahlend Hennig, Schierkestraße 35. Neukölln 820.

Verschiedenes

Saal, größter, schönster Nordens, für Vereine, Festlichkeiten und Versammlungen, empfiehlt Max Schubert, Central-Kasino, Brunnenstraße 154.

Spiralbohrer
Schmiegelleinen, nur neue, kauft Müller,
Neue Königstr. 38 (Alexanderplatz.)

Mietgesuche

Junger Mann sucht möbl. Zimmer, möglichst Nähe Elisabeth unter H. 26, Expedition Stargarder Str. 13

Unterricht

Mustergültiges Deutsch sprechen, schreiben lehrt Erwachsene abends erfahrener Sprachlehrer. Anzufragen „Lagerhaus 497", Briefpostamt Berlin.

Erfinder, Patentbureau Packscher, Gernsbadenstraße 15, Zentrum 7600.

Inserate

für die Abend-Freiheit müssen spätestens bis 10 Uhr vorm. für den darauffolgenden Tag bis 4 Uhr nachmittags, bei der Expedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, eingeliefert sein.

Buchhandlung „Freiheit", Breitestr. 8-9

Von folgenden Werken haben wir eine geringe Anzahl schöner

Ganzlederbände
mit echtem Goldschnitt

abzugeben

Hauff, Bettlerin
Homer, Odyssee
Tagner, Frithjofsage
Tennyson, Enoch Arden
Wilde, Märchen

Nur so lange Vorrat!

Jeder Band (bis über 300 S. stark) 18 Mark

Buchhandlung „Freiheit", Breitestr. 8-9